



**CDU**

# 1 **Walsroder Erklärung – Arbeitsprogramm 2012**

## 2 **Wir arbeiten für Niedersachsen**

3 Walsrode, 20. Januar 2012

4 Beschluss des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen

5

6 2012 ist ein weiteres Jahr für zukunftsorientierte Sachpolitik. Wir tragen Verantwortung für unser Land.  
7 Dem werden wir auch im Jahr vor der Landtagswahl vollumfänglich gerecht. Sehr wichtige Themen sind  
8 u. a. die Konsolidierung der Staatsfinanzen, Finanzmarkt- und Währungsstabilität, das Ziel der Vollbeschäf-  
9 tigung, Fachkräftemangel, eine gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung, der Ausbau der Ver-  
10 kehrsinfrastruktur und die Energiewende. Auch im Jahr 2012 werden wir entschlossen und mit großer  
11 Sachlichkeit Anwalt der Interessen Niedersachsens sein. Unser Programm ist anspruchsvoll. Wir haben  
12 uns viel vorgenommen.

### 13 **Für Finanzmarkt- und Währungsstabilität**

14 Die entscheidende Herausforderung für das Jahr 2012 ist die staatliche Schuldenkrise. Alle Mitgliedsstaaten  
15 der Europäischen Union müssen schnellstmöglich zu einer soliden Finanzierung ihrer öffentlichen Haushalte  
16 verpflichtet werden. Dies ist die notwendige Grundlage, um innerhalb der EU dauerhaft wirtschaftlichen  
17 Wohlstand und soziale Sicherheit zu ermöglichen.

18 Den Aufbau und die Ausweitung des sog. Euro-Rettungsschirms EFSF haben wir unterstützt.

- 19 • Jetzt müssen die EU-Verträge geändert und der am 21. Juli 2011 von den Mitgliedsstaaten der Euro-  
20 Zone beschlossene ESM-Vertrag ratifiziert werden.
- 21 • Unser Ziel ist die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion, die die  
22 nationale Haushaltsdisziplin durchsetzt.

23 Deutschland hat als größte Volkswirtschaft in Europa eine besondere Verantwortung. Deshalb begrüßen wir  
24 die konsequente Absenkung der Nettokreditaufnahme durch den Bund.

25 Auch in Niedersachsen hat die Haushaltskonsolidierung Priorität.

- 26 • Mit dem von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag beschlossenen Doppelhaushalt 2012/2013  
27 wird das Land die Nettokreditaufnahme in 2012 um 725 Millionen auf 1,225 Milliarden Euro und in 2013  
28 um weitere 255 Millionen auf dann 970 Millionen Euro reduzieren.

29 Das Grundgesetz schreibt vor, dass die Länder ab dem 1. Januar 2020 gar keine neuen Schulden mehr  
30 aufnehmen.

- 31 • Niedersachsen soll dieses Ziel ab 2017 erreichen.
- 32 • Um die solide Finanzpolitik in Niedersachsen zu verstetigen, setzen wir uns dafür ein, das Verbot der Neu-
- 33 verschuldung noch im Jahr 2012 in der niedersächsischen Verfassung zu verankern. Eine Belastung der
- 34 kommunalen Ebene wollen wir dabei genauso ausschließen wie eine Verwässerung der Schuldenbremse
- 35 des Grundgesetzes.

### 36 **Für sichere Arbeitsplätze, Wohlstand und den Ausbau der Infrastruktur**

37 Deutschland und Niedersachsen sind in wirtschaftlicher Hinsicht Inseln der Stabilität in rauer See. Während

38 in vielen europäischen Staaten die Arbeitslosigkeit zunimmt, entstanden in Niedersachsen 2011 pro Ar-

39 beitstag rund 315 neue Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit sank im Dezember 2011 auf 6,4 Prozent. Das ist

40 der niedrigste Stand seit 20 Jahren.

41 Die Lage in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt ist vor allem deshalb in Niedersachsen so gut, weil wir in

42 Industrie, Handel und Handwerk eine breite und erfolgreiche mittelständische Basis haben. Diese Unter-

43 nehmen sichern und schaffen Arbeitsplätze und erhalten die Basis für unseren Wohlstand.

- 44 • Wir werden die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung des Landes weiterhin auf kleine und mittelständische Unternehmen ausrichten.

46 Wir werden die Lebensadern unserer niedersächsischen Wirtschaft, die Verkehrsinfrastruktur, auf die welt-

47 weite Zunahme der Warenströme und die wachsende Bedeutung unseres Bundeslandes vorbereiten. Daher

48 setzen wir auch in 2012 auf den weiteren Ausbau unserer Straßen- und Schienennetze sowie der nieder-

49 sächsischen Seehäfen.

- 50 • Niedersachsen investiert in diesem Jahr knapp 110 Millionen Euro in das Ausbau- und Sanierungspro-
- 51 gramm für die Landesstraßen und -radwege.

- 52 • Im Bereich der Bundesfernstraßen werden die A 7 von Göttingen bis Nörten-Hardenberg sechsstreifig
- 53 ausgebaut, die A 1 (Hansalinie) zwischen dem Dreieck Alhorner Heide und dem Kreuz Lotte/Osnabrück
- 54 sowie – in einem ÖPP-Projekt – zwischen Hamburg und Bremen sechsstreifig ausgebaut sowie das Au-
- 55 tobahndreieck Braunschweig-Südwest im Rahmen der A 39 umgebaut.

- 56 • Zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf der A 2 soll außerdem geprüft werden, ob die Standstreifen
- 57 dauerhaft oder zeit- und abschnittsweise für den Verkehr freigegeben werden können.

- 58 • Die Schienen-Infrastruktur wird 2012 durch den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke von Oldenburg
- 59 nach Wilhelmshaven (Anbindung des JadeWeserPort) und die Inbetriebnahme der zweigleisigen Aus-
- 60 baustrecke Hildesheim - Groß Gleidingen verbessert werden.

- 61 • Für den MegaHub Lehrte (Umschlaganlage für den kombinierten Verkehr mit zusätzlichem schnellen
- 62 Schiene-Schiene-Umschlag) soll im ersten Halbjahr 2012 die Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund
- 63 und DB AG unterzeichnet werden.

- 64 • Am 5. August 2012 wird in Wilhelmshaven der JadeWeserPort eröffnet. Der einzige deutsche Tiefwas-
- 65 serhafen ist mit einer Gesamtinvestition von mehr als einer Milliarde Euro das größte aktuelle Infrastruk-
- 66 turprojekt in Norddeutschland.

- 67 • Darüber hinaus wird im Frühjahr 2012 die neue Niedersachsenbrücke in Wilhelmshaven eingeweiht, mit  
68 der der Rüstersieler Groden erschlossen wird.
- 69 • In den Braker Hafen werden aktuell 23 Millionen Euro investiert, um im Mai den zweiten Großschiffslie-  
70 geplatz gemeinsam mit der Salzgitter AG in Betrieb nehmen zu können.
- 71 • In Cuxhaven soll der Liegeplatz 9, im Rahmen der Erweiterung der Offshore-Basis, im Sommer in Betrieb  
72 gehen.
- 73 • In Emden wollen das Land, die Stadt und die IHK Ostfriesland-Papenburg eine Realisierungsstudie zur  
74 Entwicklung des Rysumer Nackens zu einem Hafen mit Industriegebiet auf den Weg bringen.
- 75 Um den Datenverkehr in Niedersachsen schneller fließen zu lassen, ist die Breitbandversorgung von großer  
76 Bedeutung. Die Breitband-Infrastruktur ist zu einem wichtigen Faktor für Wirtschaft und Arbeitsplätze in der  
77 Fläche geworden. Daher hat das Land eine fast flächendeckend verfügbare Breitbandgrundversorgung er-  
78 reicht.
- 79 • Die verbliebenen weißen Flecken müssen ebenfalls geschlossen werden. Kommunen, Land und Tele-  
80 kommunikationsunternehmen sind gemeinsam gefordert, für nicht versorgte Gebiete kurzfristig Alternativ-  
81 lösungen zu finden.
- 82 Die positive Entwicklung der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt führt im Zusammenhang mit der demografi-  
83 schen Entwicklung inzwischen in verschiedenen Branchen zu einem Mangel an Fachkräften. Insbesondere  
84 in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik, Gesundheit und Pflege besteht  
85 bereits jetzt erheblicher Bedarf an Nachwuchs.
- 86 • Das größte Potenzial gegen den drohenden Fachkräftemangel liegt in der stärkeren Erwerbstätigkeit von  
87 Frauen. Um sie zu ermöglichen, verbessern wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, u. a. durch den  
88 Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten. Außerdem gibt es spezielle Arbeitsmarktprogramme zur Förde-  
89 rung von Frauen.
- 90 • Zudem kann dem Fachkräftemangel durch die bessere Einbindung älterer Arbeitskräfte begegnet wer-  
91 den. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt auf die berufliche Fort- und Weiterbildung älterer Arbeitneh-  
92 mer.
- 93 • Hinzu kommen Maßnahmen zur beruflichen Integration und Aktivierung von Langzeitarbeitslosen.  
94 Schließlich ist eine höhere Erwerbsbeteiligung von Menschen aus zugewanderten Familien eine gute  
95 Möglichkeit, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Deshalb werden für Menschen mit Migrationshin-  
96 tergrund besondere Arbeitsmarktprogramme und Förderschwerpunkte angeboten.
- 97 • Das Ziel der fairen Entlohnung von Arbeitnehmern in allen Branchen in Deutschland werden wir auch in  
98 diesem Jahr weiter konsequent verfolgen. Der Beschluss des CDU-Bundesparteitages 2011 für eine tarif-  
99 liche und marktwirtschaftliche Lohnuntergrenze, die durch eine Tarifkommission vorgeschlagen werden  
100 soll, bedarf einer bundesgesetzlichen Regelung, die wir in 2012 seitens der Bundesregierung oder der sie  
101 tragenden Fraktionen von CDU/CSU und FDP erwarten.

## 102 **Für die Umsetzung der Energiewende**

103 Bei der Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist Niedersachsen auf einem guten Weg. Wir sind  
104 bundesweit Vorreiter bei der Energiegewinnung aus Wind und Biomasse.

105 Bis zum Jahr 2020 wollen wir mindestens 25 Prozent des Energieverbrauchs in Niedersachsen aus erneuerbaren Energien decken. Mit dem Energiekonzept, das die Landesregierung im Februar 2012 vorlegt, wird  
106 sie erläutern, wie sie die beschlossene Energiewende in Niedersachsen konkret umsetzen will. Energieeffizienz und -einsparungen, der Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Bau neuer fossiler Kraftwerke und  
107 neuer Stromnetze, neue Speichertechnologien und die Energieforschung stehen dabei im Mittelpunkt.  
108

- 109 • Zur Stärkung der Potentiale der Offshore-Windenergie regen wir einen Offshore-Masterplan der Bundesregierung zum weiteren Ausbau der Windenergie auf See und deren Anbindung an die bestehenden Netze an.  
110  
111  
112

113 Der Industriestandort Niedersachsen muss gesichert und gestärkt werden.

- 114 • Um international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu gewährleisten, müssen die Ökosteuermäßigung sowie die Besserstellung bei Netzentgelten und die EEG-Umlage erhalten bleiben.  
115
- 116 • Die Ausgestaltung des neuen Energie- und Klimafonds, der ab 2013 die Mehrbelastungen aus dem Emissionshandel kompensieren soll, steht ebenfalls zur Diskussion.  
117

118 Gelingen kann die Energiewende nur, wenn wir den Ausbau der Energienetze vorantreiben.

- 119 • Die Erneuerbaren Energien müssen in die Netze integriert und an die Verbrauchsschwerpunkte geleitet werden können.  
120
- 121 • Eine bessere Netzsteuerung zum Ausgleich von Stromerzeugung und -verbrauch ist ebenfalls notwendig.  
122

122 Die Planungen für den Netzausbau gehen auch 2012 intensiv weiter.

- 123 • Wir erwarten von den Netzbetreibern, dass sie ihre Leitungen umwelt- und sozialverträglich planen und den Netzausbau im engen Dialog mit den Bürgern und Kommunen verwirklichen. Die Erdkabeltechnologie kann dazu beitragen, die Akzeptanz zu erhöhen und die Belastung durch neue Leitungstrassen zu vermindern. Die Möglichkeiten des Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze werden wir vollumfänglich nutzen.  
124  
125  
126  
127

## 128 **Für Bildung und Betreuung mit Qualität**

129 Ein Land mit Zukunft ist ein Land, das in Kinder, Köpfe und Familien investiert. Qualität steht im Mittelpunkt  
130 unserer Anstrengungen im Bildungs- und Betreuungssystem.

- 131 • Im Bereich der Kindertagesbetreuung streben wir bis 2013 eine Betreuungsquote von 35 Prozent für die Kinder unter drei Jahren an. Für den weiteren Ausbau stehen für 2012 und 2013 rund 110 Millionen Euro zur Verfügung. Jetzt geht es um Vereinbarungen mit den Kommunen, damit diese Mittel zielgenau eingesetzt und ausreichend Krippenplätze geschaffen werden. Wir nehmen den Anspruch unserer Familien auf  
132  
133  
134  
135  
136

136 Der Ausbau der Ganztagschulen geht weiter.

- 137 • Die Landesregierung hat angekündigt, jeden Antrag auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule zu  
138 genehmigen und mit einer Grundversorgung an Lehrerstunden bzw. entsprechenden Budgetmitteln aus-  
139 zustatten. Oberschulen können als teilgebundene Ganztagschulen geführt werden.

140 Die Oberschule ist unsere Antwort auf rückläufige Schülerzahlen in der Fläche Niedersachsens. Sie ist ein  
141 Erfolgsmodell. Es sind bereits 132 Oberschulen zum Schuljahr 2011/2012 genehmigt. Zum kommenden  
142 Schuljahr werden weitere Schulen in Oberschulen umgewandelt. Mit Fortbildungsmaßnahmen für die Fach-  
143 beratung, Schulentwicklungsberatung sowie Studienseminarleitungen werden die Kollegien der neuen Schu-  
144 len gezielt unterstützt.

145 Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung hat das Land mit mehr als 68.000 Lehrerstellen trotz rückläufiger  
146 Schülerzahlen die größten Personalkapazitäten seiner Geschichte aufgebaut.

- 147 • Auch im Schuljahr 2012/2013 wird jede freiwerdende Lehrerstelle wieder besetzt.
- 148 • Wir prüfen, die den Gymnasien zugesagte Absenkung der Klassengröße bereits zum kommenden Schul-  
149 jahr umzusetzen.
- 150 • Die Kultusministerkonferenz fordern wir auf, wie vereinbart die länderübergreifenden Abiturprüfungen  
151 weiterzuentwickeln und einheitliche Standards für die Abiturprüfungen in den Fächern Deutsch, Englisch,  
152 Französisch und Mathematik zu verabschieden. Länderübergreifende gemeinsame Abituraufgaben blei-  
153 ben ebenfalls ein wichtiges Ziel.

154 Mit der Verabschiedung der Schulgesetznovelle schafft der Niedersächsische Landtag die rechtlichen Vor-  
155 aussetzungen, um die Inklusion, also die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und  
156 ohne Behinderung, in ganz Niedersachsen zu ermöglichen. Ab dem Schuljahr 2012/2013 können die Grund-  
157 schulen dann mit der Umsetzung der Inklusion beginnen. Spätestens ab dem Schuljahr 2013/2014 wird sie  
158 in den ersten Jahrgängen der Grundschulen und in den fünften Klassen der weiterführenden Schulen ver-  
159 pflichtend. Die Förderschulen werden in Zukunft zu sonderpädagogischen Förderzentren. Sie unterstützen  
160 den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogische Betreuung an allen Schulen.

#### 161 **Für wissenschaftliche Forschung und Lehre**

162 Die wissenschaftliche Forschung und Lehre haben eine ähnlich zentrale Bedeutung für den Wirtschafts- und  
163 Hochtechnologiestandort Niedersachsen wie die hohe Qualität unserer Bildungs- und Schullandschaft. Auch  
164 in diesem Bereich geht das Land neue Wege.

- 165 • Damit auch derjenige studieren kann, der kein Abitur hat, aber über eine Berufsausbildung und Berufser-  
166 fahrung verfügt, werden wir das Konzept der offenen Hochschule flächendeckend etablieren und mehr  
167 Durchlässigkeit zwischen beruflicher und Hochschulausbildung ermöglichen.

168 Mit der European Medical School Oldenburg-Groningen (EMS) gibt es ab dem Wintersemester 2012/2013  
169 erstmals eine grenzüberschreitende Mediziner Ausbildung mit Bachelor- und Masterabschluss in Groningen  
170 oder mit Staatsexamen in Oldenburg.

- 171 • Die rechtlichen Grundlagen hierfür werden wir mit einer Anpassung des Niedersächsischen Hochschul-  
172 gesetzes schaffen.

173 Die Erforschung der CFK-Werkstofftechnologie (CFK = Carbon-faserverstärkter Kunststoff) für die industriell-  
174 le Produktion eröffnet Niedersachsen einen weiteren Hightech-Zukunftsmarkt.

- 175 • Im CFK-Forschungszentrum Nord in Stade soll 2012 neben der Lösung von Aufgaben für die Luftfahrtin-  
176 dustrie der Technologietransfer in die Windkraft sowie in den Automobil- und Schiffbau intensiviert wer-  
177 den. Die Forschungsvorhaben werden vom Land bis 2014 mit 31 Millionen Euro gefördert.

#### 178 **Für zukunftssichere Kommunen**

179 Der im vergangenen Jahr zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und der Niedersächsischen Lan-  
180 desregierung verlängerte „Zukunftsvertrag“ ist die Basis für eine nachhaltige Konsolidierung niedersächsi-  
181 scher Kommunen mit besonders problematischer Haushaltsstruktur. Bei Antragsstellung bis 2013 bekom-  
182 men die betroffenen Kommunen eine finanzielle Entlastung von bis zu 75 Prozent der Kassenkredite, wenn  
183 sie sich im Gegenzug zur dauerhaften Sanierung ihrer Haushalte verpflichten und entsprechende Maßnah-  
184 men ergreifen. Die neugewählten kommunalen Gremien können in 2012 die Möglichkeiten des Zukunftsver-  
185 trages eingehend prüfen.

186 Zahlreiche Kommunen sind auch in Niedersachsen vom Abzug der Bundeswehr oder der Britischen Armee  
187 betroffen.

- 188 • Das Land Niedersachsen unterstützt die durch Standortauflösung bzw. -reduzierung betroffenen Kom-  
189 munen mit einem 700.000 Euro-Förderprogramm für die Finanzierung von Bestandsaufnahmen, Umnut-  
190 zungsgutachten und Rahmenplänen für die Militärgelände.
- 191 • Ein interministerieller Arbeitskreis (IMAK Konversion) unterstützt den Informationsaustausch zwischen  
192 den verschiedenen beteiligten Ebenen, benennt und prüft die Fördermöglichkeiten für diese Kommunen.  
193 Das Konversionsbüro im Innenministerium und der dort ansässige Konversionsbeauftragte der Landes-  
194 regierung beraten die Kommunen ebenfalls.
- 195 • Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) muss in diesem Zusammenhang in die Lage versetzt  
196 werden, Flächennutzungs- und Bebauungsplanungen aktiv zu unterstützen und Flächen anschließend  
197 ohne Verzögerungen zur Verwertung abzugeben bzw. zu veräußern.

#### 198 **Für Sicherheit, Recht und Ordnung in Niedersachsen**

199 Für politischen Extremismus und Terrorismus gibt es in Niedersachsen keinen Platz. Daher geht das Land  
200 mit zahlreichen präventiven und repressiven Maßnahmen entschlossen gegen links- und rechtsextremisti-  
201 sche Ideologien und Straftäter vor.

- 202 • Die rechtsextremistische Szene muss auch weiterhin permanent beobachtet und kontrolliert werden.
- 203 • Darüber hinaus ist die enge Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und der Justiz mit  
204 Schulen, Kommunen, Präventionsräten und anderen Gruppen weiter auszubauen, um präventiv gegen  
205 rechtsextremes Gedankengut vorzugehen.
- 206 • Die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheits- und Justizbehörden des Bundes und der Länder muss  
207 weiter ausgebaut werden und sich Niedersachsen aktiv an der Schaffung eines Gemeinsamen Abwehr-  
208 zentrums gegen Rechtsextremismus (GAR) von Polizei und Verfassungsschutz sowie an der Einrichtung  
209 einer Zentraldatei zu gewaltbereiten Rechtsextremisten beteiligen.

210 Ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren bedarf der guten Vorbereitung und der Prüfung der rechtlichen Vor-  
211 aussetzungen.

- 212 • Bis Mitte des Jahres sollen sowohl diese Prüfung als auch die Erstellung einer Stoffsammlung abge-  
213 schlossen sein.
- 214 Eine von der Innenministerkonferenz eingesetzte Arbeitsgruppe untersucht zudem mögliche Verbindungen  
215 der NPD in die gewaltbereite rechtsextremistische Szene und analysiert die Verbindungen des Verfassungs-  
216 schutzes in die NPD.
- 217 In der Justizpolitik werden wir die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 2011 zur Siche-  
218 rungsverwahrung rechtlich umsetzen. Wir setzen uns für eine verfassungskonforme Regelung ein, die den  
219 Schutzerfordernissen der Bevölkerung in größtmöglichem Umfang Rechnung trägt. Eine Länderarbeitsgrup-  
220 pe der Justizministerkonferenz soll bis April 2012 die erforderlichen Änderungen zur Neuregelung des Voll-  
221 zugs der Sicherungsverwahrung in den Justizvollzugsgesetzen der Länder erarbeiten. Mit unseren Nachbar-  
222 ländern entscheiden wir gemeinsam über die Schaffung einer entsprechenden Einrichtung.
- 223 • Der Neubau eines Fachgerichtszentrums für die fünf in Hannover ansässigen Fachgerichte in der Nähe  
224 zu Amtsgericht, Landgericht und Staatsanwaltschaft Hannover durch einen Privatinvestor ist im Vergabe-  
225 verfahren. Eine Entscheidung fällt noch in diesem Jahr.
- 226 • Endes des Jahres wird das Land den Neubau der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Bremervörde, der im  
227 Rahmen eines ÖPP-Projektes ebenfalls von einem privaten Investor errichtet wird, in Betrieb nehmen.
- 228 **Für wohnortnahe medizinische Versorgung und gesicherte Pflege**
- 229 Wir wollen, dass die Patienten, insbesondere ältere Menschen, auch zukünftig kurze Wege zu ihren Haus-  
230 ärzten und eine qualitativ hochwertige, wirtschaftliche und wohnortnahe Krankenhausversorgung haben.
- 231 • Mit dem „Förderkonzept Ärztenachwuchs“ und dem „Modell Niedersachsen“ gehen wir neue Wege, um  
232 die ärztliche Versorgung in der Fläche zu verbessern. Die Landesregierung ist gefordert, bei der Weiter-  
233 entwicklung der Struktur unserer aktuell 192 Krankenhäuser neben den demografischen Veränderungen  
234 insbesondere Möglichkeiten zur Sicherung der wohnortnahen Krankenversorgung mit hoher Qualität zu  
235 eröffnen.
- 236 Um auch in der Pflege demografiefeste Strukturen zu schaffen, wird die Nachwuchsgewinnung von zentraler  
237 Bedeutung sein.
- 238 • Mit der Umsetzung des Pflegepaktes plant das Land gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden, Kranken-  
239 kassen, kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Verbänden, die Arbeitsbedingungen in der ambu-  
240 lanten Pflege zu verbessern.
- 241 • Außerdem ergreifen wir – wie mit den Wohlfahrtsverbänden vereinbart – Initiative, um die Erhöhung der  
242 Pflegesätze zu überprüfen. Dies gilt insbesondere für Regionen mit besonders niedrigen Sätzen.
- 243 • Mit der Stiftung „Zukunft der Altenpflegeausbildung“ steht jetzt, neben der finanziellen Förderung der Al-  
244 tenpflegeschüler, ein weiterer Baustein zur Verfügung, um die Altenpflegeausbildung attraktiver zu ma-  
245 chen.
- 246 Die vom Bund vorgelegten Eckpunkte zur Pflegereform unterstützen wir grundsätzlich. Der Reformvorschlag  
247 ist ausgewogen und soll eine Besserstellung von Demenzkranken und ihren Angehörigen erreichen, ohne  
248 die Beitragssatzstabilität aus dem Blick zu verlieren.

249 **Für gelebte Integration**

250 Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein wichtiges Ziel der CDU, denn sie stärkt den  
251 gesellschaftlichen Zusammenhalt in Niedersachsen.

252 Da gute Integrationspolitik verlässliche Daten darüber erfordert, ob und wie sich erfolgreiche Integration voll-  
253 zieht, plädieren wir dafür, das bisherige Pilotprojekt „Integrationsmonitoring“ auf Landesebene fortzusetzen.  
254 Dieses analysiert, in welchen Bereichen Integrationsprozesse erfolgreich verlaufen und wo es Defizite und  
255 Handlungsbedarf gibt.

- 256 • Um jungen Migranten bessere Chancen beim Berufseinstieg zu verschaffen, sprechen wir uns für eine  
257 gezielte Sprachförderung und umfassende Unterstützung bei der Berufsorientierung aus.

258 **Für eine moderne und verantwortungsbewusste Agrar- und Ernährungswirtschaft**

259 Die Europäische Union steht vor wichtigen agrarpolitischen Weichenstellungen. Nachdem die EU-  
260 Kommission im Oktober 2011 ihre Vorschläge für die inhaltliche Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpoli-  
261 tik (GAP) im Zeitraum 2014-2020 vorgelegt hat, steigen die Mitgliedsstaaten nun in konkrete Verhandlungen  
262 ein. Die CDU in Niedersachsen verfolgt der Bundesregierung und der EU gegenüber insbesondere drei Zie-  
263 le.

- 264 • Erstens wollen wir die landwirtschaftlichen Direktzahlungen in ausreichendem Maß erhalten.
- 265 • Zweitens plädieren wir für einen weiteren Abbau von Bürokratie bei der praktischen Anwendung neuer  
266 Förderkulissen durch die Landwirte.
- 267 • Drittens sollte bei der beabsichtigten stärkeren Umweltorientierung der Agrarförderung berücksichtigt  
268 werden, dass eine Stilllegung wertvoller Ackerflächen angesichts weltweit steigender Nachfrage nach Le-  
269 bensmitteln und Energiepflanzen nicht in Betracht kommt.

270 Wir wollen die Akzeptanz der Verbraucher für die bei uns produzierten Lebensmittel erhöhen und einen Bei-  
271 trag zu einer weiterhin starken Landwirtschaft leisten. Im Tierschutz benötigen wir hierfür in einigen Berei-  
272 chen eine Weiterentwicklung.

- 273 • Die Richtige Antwort auf diese Herausforderung hat Landwirtschaftsminister Gert Lindemann mit seinem  
274 „Tierschutzplan“ gegeben, den wir gemeinsam Schritt für Schritt mit den Landwirten umsetzen werden.

275 **Für nachhaltigen Klima- und Umweltschutz**

276 Die Bewahrung der Schöpfung ist ein zentrales Ziel christlich demokratischer Politik. Wir wollen unseren  
277 Kindern eine lebenswerte Welt erhalten. Dem Schutz des Klimas kommt dabei, wie wir heute wissen, eine  
278 zentrale Rolle zu. Auch Niedersachsen leistet seinen Beitrag. Das Energiekonzept der Landesregierung wird  
279 im Sommer 2012 durch die Vorlage des Endberichts der Regierungskommission Klimaschutz ergänzt.

- 280 • Aus beidem ist ein Klimaschutzkonzept des Landes zu entwickeln.

281 Dabei geht es einerseits um die Möglichkeiten Niedersachsens, einen Beitrag zum Schutz des Klimas vor  
282 gravierenden Veränderungen durch den Menschen zu leisten. Andererseits müssen wir uns auch mit den  
283 Klimafolgen, also mit Anpassungsstrategien an den Klimawandel, befassen.

284 Die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der mittelfristig einsturzgefährdeten Schachanlage Asse II ist  
285 ein Wettlauf mit der Zeit.

- 286 • Das verantwortliche Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) muss das Grubengebäude soweit wie möglich  
287 sichern und gleichzeitig ein genehmigungssicheres Konzept zur Rückholung der Abfälle entwickeln. Das  
288 Land wird das BfS als Atomaufsicht in diesem Prozess konstruktiv und zielorientiert begleiten.
- 289 Unser Ziel bleibt die vollständige Rückholung aller in der Asse II eingelagerten Abfälle.
- 290 • Wir bitten den Bundesumweltminister zu prüfen, ob mit der Einrichtung einer Stabsstelle Asse II oder  
291 einer vergleichbaren Institution die Bündelung der Kompetenzen auf der Bundesebene zur Lösung der  
292 Sanierungsfragen möglich ist.
- 293 • Ebenfalls bitten wir zu prüfen, ob die Überführung der rechtlichen Fragen der Asse-II-Sanierung von  
294 Atomrecht in ein eigenständiges Asse-II-Recht zu einer Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und  
295 Verwaltungsabläufe führen kann, ohne dass Sicherheitsaspekte vernachlässigt werden.
- 296 Auch die Frage der Endlagerung stark Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle muss in Deutschland gelöst  
297 werden. Wir begrüßen die Verständigung zwischen dem Bundesumweltminister und den Ländern über einen  
298 Fahrplan, der zu einem gemeinsamen Endlagersuchgesetz führen soll. Bundestag und Bundesrat sollen bis  
299 Mitte dieses Jahres die Regeln für den geplanten Dialogprozess beschließen. Die Bewertungskriterien sollen  
300 im Anschluss entwickelt und bis Mitte 2013 beschlossen werden.
- 301 • Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang gegen eine Vorfestlegung auf ein Lösungskonzept bzw.  
302 Endlagermedium aus.
- 303 • Das bisher verfolgte Konzept der nicht-rückholbaren Endlagerung ist daraufhin zu überprüfen, ob es den  
304 heutigen und zukünftigen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Ansprüchen noch genügt.
- 305 • Die vorläufige Sicherheitsanalyse, die bis Mitte 2013 für den Salzstock Gorleben erstellt werden soll, wol-  
306 len wir abwarten, um die Erkundung dann zu stoppen und die Ergebnisse anhand der Bewertungskrite-  
307 rien einem Vergleich mit anderen potentiellen Standorten unterziehen zu können.

### 308 **Für ein Niedersachsen im Herzen Europas**

309 Niedersachsen hat von der Osterweiterung der Europäischen Union deutlich profitiert. Wir sind in die Mitte  
310 der EU gerückt. Die enge Verflechtung der erfolgreichen niedersächsischen Wirtschaft und unserer Hoch-  
311 schulen innerhalb Europas und darüber hinaus sollte das Land auch zukünftig durch die intensive Pflege der  
312 Auslandskontakte unterstützen.

313 Die Niedersächsische Landesvertretung in Brüssel wollen wir weiterhin als gute Plattform für die Netzwerk-  
314 arbeit in der EU nutzen. Wir wollen sie strukturell weiter stärken – auch als Frühwarnsystem und Informati-  
315 onsplattform für die Entwicklung der EU-Schuldenkrise und ihre Wirkung auf die Finanzmärkte.

316 Bezüglich der Verhandlungen der EU-Förderperiode 2014-2020 wollen wir eine weitere Förderung Nieder-  
317 sachsens durchsetzen.

- 318 • Mit den EU-Mitteln der Strukturfonds und des Landwirtschaftsfonds wollen wir die regionale Wettbe-  
319 werbsfähigkeit und Beschäftigung weiter stärken sowie die Landesteile Niedersachsens strukturell wei-  
320 terentwickeln. Das Jahr 2012 wird entscheidende Weichenstellungen bringen.
- 321 • Dem Beschluss der EU-Kommission, eine erneute Klage gegen das VW-Gesetz zu prüfen, halten wir für  
322 falsch. Die Bundesrepublik hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) von 2007 gegen das

323 VW-Gesetz vollumfänglich umgesetzt. Die Klage gegen die 20-Prozent-Sperrminorität ist nicht nachvoll-  
324 ziehbar. Die Mitarbeiter des VW-Konzerns – des erfolgreichsten Autobauers der Welt – haben unsere vol-  
325 le Unterstützung.

- 326 • Ebenfalls lehnen wir die Pläne der EU-Kommission ab, das Gütesiegel „Made in Germany“ faktisch abzu-  
327 schaffen. Es ist das Qualitätssiegel in Deutschland endgefertigter Produkte und gerade für kleinere und  
328 mittelständische Unternehmen unverzichtbar. Eine Behinderung der exportorientierten deutschen Wirt-  
329 schaft durch diese Pläne der EU schadet letztlich der europäischen Wirtschaft insgesamt.

### 330 **Für den Blick nach vorne: Niedersachsen im demografischen Wandel**

331 Auch die Niedersachsen werden älter, weniger und vielfältiger.

332 Um den Herausforderungen begegnen und die Chancen des demografischen Wandels nutzen zu können,  
333 entwickelt das Land eine eigene Demografiestrategie. Darin werden die Sicherung der kommunalen Infra-  
334 struktur, der Fachkräftemangel, die Veränderungen der Bildungslandschaft und die Stärkung der Familien  
335 eine besondere Rolle spielen.

336 Durch die rückläufige Bevölkerungszahl verschlechtert sich die Auslastung der kommunalen Infrastruktur,  
337 die in der Folge für den Einzelnen teurer und unrentabler wird.

338 Der Zukunftsvertrag und die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit bieten Instrumentarien, um  
339 die Leistungsfähigkeit zu steigern. Wir unterstützen die Kommunen auch weiterhin bei diesem Anpassungs-  
340 prozess.

341 Die Wirtschaft muss sich kurzfristig auf stark rückläufige Auszubildendenzahlen einstellen. Die Folge wird ein  
342 mittelfristiger Rückgang der Fachkräfte sein, der die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen kann. Daher  
343 gilt es, die vorhandenen, bisher nicht durch die Wirtschaft ausgeschöpften Potentiale unseres Arbeitsmark-  
344 tes besser zu nutzen.

- 345 • Die Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Menschen kann deutlich gesteigert werden. Langzeitarbeits-  
346 lose müssen stärker in den ersten Arbeitsmarkt überführt und Menschen mit Migrationshintergrund muss  
347 häufiger eine Erwerbsbeteiligung ermöglicht werden.

- 348 • Beim notwendigen Ausbau der Fort- und Weiterbildung ist vor allem die Wirtschaft selbst in der Verant-  
349 wortung.

350 Zugleich verbessern das Land und die Kommunen mit dem Ausbau von Ganztagsangeboten und Krippen-  
351 plätzen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- 352 • Bis 2013 wollen wir ein bedarfsgerechtes Angebot an Krippenplätzen und Tagespflege für Kinder unter  
353 drei Jahren erreichen. Hierfür stellt das Land zusätzlich 40 Millionen Euro zur Verfügung.

- 354 • Mittelfristig sollen ganztägige Angebote an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zur Regel wer-  
355 den.

356 Wir haben auch 2012 viel vor in Niedersachsen. Es ist Zeit für Sachpolitik, nicht für monatelangen lähmen-  
357 den Wahlkampf. Die CDU wird der Verantwortung gerecht, die sie von den Wählern erhalten hat. Mit Minis-  
358 terpräsident David McAllister, seinem Kabinett und einer starken CDU-Landtagsfraktion wollen und werden  
359 wir weiterhin erfolgreich Politik für Niedersachsen gestalten.